

A n t r a g

der Fraktionen der Linkspartei.PDS und der SPD

Bericht zur Zukunft des Landes

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Thüringer Landtag sofort über ihre Vorhaben in der laufenden Legislaturperiode zu berichten.

Dabei soll der Thüringer Ministerpräsident eine Bilanz der Ankündigungen seiner Regierungserklärung vom 9. September 2004 ziehen. Bestandteil dieses Berichtes soll darüber hinaus der Stand der Behördenstrukturreform sein.

Gleichzeitig soll die Landesregierung den aktuellen Stand ihrer Verhandlungen mit den Thüringer Kommunen über die Neugestaltung des kommunalen Finanzausgleichs und die von ihr geplante Kommunalisierung von Aufgaben im Zuge der Behördenstrukturreform darstellen. Die Landesregierung soll dabei auch berichten, wie sie das Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 21. Juni 2005 zur transparenten Ausgestaltung des Finanzausgleichs sachgerecht umsetzen will.

Der Ministerpräsident soll anschließend beschreiben, wie seine Regierung mit seinen bisherigen Ankündigungen weiter umgehen will und wie er die aktuelle Krise in der Zusammenarbeit mit den Thüringer Kommunen überwinden will.

Begründung:

Die Neugestaltung des kommunalen Finanzausgleichs in Thüringen ist ein Kernbereich der weiteren Entwicklung des Landes. Die Verhandlungen zwischen dem Land und den Vertretern der Thüringer Kommunen stecken in einer tiefen Krise. Scharfe Kritik kommt sowohl vom Thüringer Landkreistag wie vom Gemeinde- und Städtebund. Aus dem Kreis der Kommunen ist in Richtung Landesregierung von "Vertrauensbruch", "Betrug an den Kommunen" und "grottenschlechter handwerklicher Arbeit" die Rede. Die Vertreter der Kommunen haben deshalb ihre weitere Zusammenarbeit teilweise aufgekündigt und drohen mit einer Klage vor dem Verfassungsgericht.

In dieser Situation ist eine realistische Einschätzung notwendig. Die Landesregierung muss aufzeigen, wie sie die Krise überwinden will. Dazu gehört, eine Bilanz der bisherigen Arbeit zu ziehen. Zahlreiche Ankündigungen sind stecken geblieben, zum Beispiel die Reform der Polizeistruktur, oder sie wurden auf über ein Jahrzehnt aufgeschoben.

Der aktuelle Stand der Verhandlungen und die Bilanz der bisherigen Arbeit müssen vor der Beratung des Doppelhaushalts 2008/2009 im Thüringer Landtag erfolgen. Nur so kann die weitere Weichenstellung durch den Haushaltsgesetzgeber richtig erfolgen.

Für die Fraktion
der Linkspartei.PDS:

Hausold

Für die Fraktion
der SPD:

Matschie